universität innsbruck
Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

Diplomatisches Handbuch

Sammlungen der wichtigsten europäischen Friedensschlüsse, Congreßacten und sonstigen Staatsurkunden vom Westphälischen Frieden bis auf die neueste Zeit ; mit kurzen geschichtlichen Einleitungen

Ghillany, Friedrich Wilhelm

Noerdlingen, 1868

XXI. Preußische Annexion von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt, 17. August 1866

urn:nbn:at:at-ubi:2-4000

XXI.

Preußiſche Annexion von Hannover, Kurheſſen, Naſſau und Frankfurt,

17. Auguſt 1866.

So oft ein preußiſcher Staatsmann die Karte ſeines Vaterlandes anſah, mußte es ihn unangenehm berühren, daß ſich Hannover und Kurheſſen mitten in das Königreich hineinlagerten und Rheinland und Weſtphalen von dem übrigen Preußen abtrennten. Seit dem wiener Congreß trug man ſich in Preußen mit dem Mißbehagen über dieſe vom Congreß gezogenen unnatürlichen preußiſchen Grenzen; aber es zeigte ſich keine europäiſche Complication, welche eine Aenderung in Ausſicht geſtellt hätte, und eine ſolche herbeizuführen, dazu dachten die preußiſchen Könige, nach den ſchweren Niederlagen in der napoleoniſchen Periode, zu friedlich. Erſt der Miniſter Graf Bismarck ſcheint die Idee gefaßt zu haben, einen Krieg hervorzurufen, welcher, wenn auch Preußen nicht in den völligen Beſitz dieſer Länder bringen, doch dieſelben in ihrer Politik von Preußen abhängig machen, ſie unter preußiſches Protectorat ſtellen ſollte, und es gelang ihm, den König Wilhelm für dieſe Idee zu gewinnen. Die Verhältniſſe lagen für die Ausführung eines ſolchen Planes ziemlich günſtig. In Deutſchland hatte die deutſch-nationale Idee, das langjährige Verlangen nach einem großen, mächtigen Deutſchland, die Anhänglichkeit an die einzelnen particulariſtiſchen Souveränetäten ziemlich abgeſchwächt; gerade in den Ländern, welche Preußen zu ſeiner Arrondirung bedurfte, in Hannover und Kurheſſen, waren die Regenten ſehr unbeliebt; von den Kurheſſen zumal konnte man mit Sicherheit erwarten, daß ſie ſich mit Freuden an Preußen anſchließen würden. Oeſterreich war in ſeinem Inneren zerfallen, dazu in großer finanzieller Bedrängniß; der Krieg, der mit ihm jedenfalls geführt werden mußte, ließ nur einen günſtigen Ausgang für Preußen erwarten. Es handelte ſich alſo nur darum, die

Kabinete von England, Frankreich und Rußland zu beſtimmen, ſich bei dem kriegeriſchen Vorgehen Preußens neutral zu verhalten. Was England betraf, ſo konnte auf deſſen Neutralität gerechnet werden. Dieſes Inſelland, bei ſeinem Werbſyſtem ohne bedeutende Landmacht, hatte ſich ſeit ſeinem oſtindiſchen Kriege in einer gewiſſen Abhängigkeit von Frankreich befunden und mußte es gerne ſehen, wenn ſich Preußen in einer Weiſe vergrößerte, daß es der franzöſiſchen Heeresmacht, durch die Napoleon eine Art Dictatur über Europa übte, gewachſen war. Die preußiſche Kronprinzeſſin ferner war eine Tochter der engliſchen Königin, und von Seiten des engliſchen Hofes ſchien alſo kein beſonderer Widerſtand gegen die preußiſchen Vergrößerungspläne zu befürchten. Außerdem hatte das engliſche Kabinet ſeit längerer Zeit die weiſe Politik befolgt, ſich in keine Händel zu miſchen, die England nicht näher berührten, und es war alſo auch ſchon deßhalb unwahrſcheinlich, daß es ſich bei ſeiner koſtſpieligen und dabei doch ſehr beſchränkten Heerverfaſſung an einem europäiſchen Continentalkrieg betheiligen würde. Was Rußland anlangt, ſo waren es vielleicht alte freundſchaftliche Beziehungen des preußiſchen und ruſſiſchen Hofes und daneben auch die Ueberzeugung, daß Preußen kein ruſſiſcher Rival in der orientaliſchen Frage ſei, was das ruſſiſche Kabinet zu einer neutralen Haltung beſtimmte. Oeſterreich, an die Türkei angrenzend, war augenſcheinlich der gefährlichſte Gegner Rußlands bezüglich der ruſſiſchen Abſichten auf Konſtantinopel, und eine Schwächung Oeſterreichs durch Preußen daher den ruſſiſchen Intereſſen förderlich. Außerdem waren die ruſſiſchen Finanzen noch vom Krimkriege her ſehr geſchwächt; Rußland hatte Urſache, ſeine Kräfte für die orientaliſche Frage zu ſparen; auch wäre im Kriegsfall zu fürchten geweſen, daß Preußen, wie es in Böhmen und Ungarn gethan, die Beſtrebungen der Nationalitäten zu Hülfe gerufen, Poſen frei gegeben und die Polen zum Kampfe für ein ſelbſtändiges polniſches Königreich aufgerufen hätte. Dies waren für Rußland Gründe genug, Preußen gewähren zu laſſen. Man konnte überhaupt darauf rechnen, daß, mit Ausnahme des kriegsruhmſüchtigen Frankreichs, jede Macht ſich lange beſinnen werde, bis ſie ſich an einem koſtſpieligen Kriege betheiligte, der ihre Intereſſen nicht direct berührte; die Zeiten der europäiſchen Allianzen für Eroberungen und Gebietstheilungen waren vorüber; jede Macht ſuchte ihre Finanzen und militäriſchen Kräfte für nothwendige Zwecke zu Rathe zu halten. Mit Rußland und England ſcheint das preußiſche Kabinet bezüglich der Aufrechthaltung der Neutralität auch gar keine beſonderen Verhandlungen gepflogen zu haben; wohl aber wurde dies dem Kaiſer Napoleon gegenüber nöthig. Graf Bismarck war deßhalb wiederholt im Bade Biarritz und in Paris; die Haltung des franzöſiſchen Kaiſers während des Krieges und

bei den Friedensſchlüſſen zeigte auch, daß Preußen die Zuſtimmung des franzöſiſchen Kabinets zur Annexion Norddeutſchlands bis an den Main hatte. Was den franzöſiſchen Kaiſer zu dieſer Begünſtigung Preußens bewog, iſt nicht ganz klar. Man ſagte, er fürchtete einen Krieg mit Deutſchland, der bei einem ungünſtigen Ausgang ſeinen Thron in Frage ſtellen konnte, aber auch im Falle des Sieges immerhin der Bedenklichkeit Raum gab, es möchte der eine oder der andere ſieggekrönte franzöſiſche General den Kaiſer von der Spitze der Nation zu verdrängen ſuchen. Napoleon zog es daher vor, die Rolle des Friedensvermittlers zu ſpielen und ſich die Gunſt der beiden deutſchen Großmächte für ſeinen Kronprinzen zu bewahren. Preußen ſäumte auch nicht, dieſen jungen Prinzen, noch bevor es die Einleitungen zum Kriege traf, durch die Ertheilung des ſchwarzen Adlerordens auszuzeichnen (16. März 1866). Eine Compenſation an Gebiet hatte Preußen dem franzöſiſchen Kaiſer *nicht* zugeſagt. Einmal (6. Auguſt 1866) verlangte derſelbe zwar die Wiederherſtellung der franzöſiſchen Grenzen des erſten pariſer Friedens vom 30. Mai 1814, nach welchem Frankreich einen kleinen Theil des ſüdlichen Belgiens, von Preußen das Gebiet von Saarlouis und Saarbrücken und von Bayern die Feſtung Landau hätte erhalten müſſen; allein auf die Vorſtellung des franzöſiſchen Geſandten in Berlin, Benedetti, daß eine Abtretung deutſchen Gebietes in Deutſchland die größte Aufregung hervorrufen würde, ſtand der Kaiſer von dieſer Forderung wieder ab. Bezüglich einer franzöſiſchen Gebietsvermehrung ſcheint Graf *Bismarck* gegen den Kaiſer nur ſo Viel geltend gemacht zu haben, daß Preußen ſich ſeinerzeit der Einverleibung Savoyens und Nizza's in Frankreich *auch* nicht widerſetzt habe; im Uebrigen hatte er, wie die Folge zeigte, jede Zuſicherung vermieden. Napoleon ſeinerſeits mag allerdings erwartet haben, daß ihm Preußen wenigſtens Luxemburg als Preis der Neutralität überlaſſen werde.

Das preußiſche Kabinet hatte vor dem Ausbruch des Krieges keine förmliche Einverleibung Hannovers, Kurheſſens, Naſſaus und Frankfurts in nächſter Abſicht. Nur bezüglich Schleswig-Holſteins war das preußiſche Miniſterium zur gänzlichen Einverleibung entſchloſſen, ſeitdem die Erfüllung der preußiſchen Forderungen vom 21. Februar 1865 allſeitig Widerſtand gefunden hatte. In Betreff Hannovers u. ſ. w. ging das Verlangen Preußens auch bei der Kriegserklärung vorläufig nicht weiter, als daß genannte Staaten ſich einem neuen deutſchen Bunde unter dem Protectorate Preußens anſchlöſſen und ihre Kriegsmacht unter preußiſchen Oberbefehl ſtellten. Erſt nachdem dieſe Bedingungen verweigert, von dieſen Staaten ſelbſt durch Mobilmachung ihrer Heere der Kriegszuſtand angekündigt und die Länder von Preußen erobert waren, kam das preußiſche Kabinet auf den Gedanken, daß man, nach dem

ſeit unvordenklichen Zeiten zwiſchen Fürſten und Völkern gültigen Eroberungsrecht, dieſe für die preußiſche Monarchie ſo günſtig gelegenen Staaten am beſten jetzt gleich ganz behalten und dem Königreich völlig einverleiben ſollte. Es iſt möglich, daß das preußiſche Kabinet die völlige Einverleibung dieſer Länder ſchon ſeit mehreren Jahren im Stillen projectirt hatte; aber dieſelbe wäre nicht ausführbar geworden, wenn die betreffenden Höfe der preußiſchen Sommation vom 15. Juni 1866 entſprochen hätten. Das Verfahren, daß Fürſten von einem andern Fürſten mit Gewalt vertrieben wurden, war in Deutſchland neu; ſeit 50 Jahren, ſeit der napoleoniſchen Periode, war Dergleichen nicht mehr erlebt worden: es würde in der deutſchen Preſſe der größte Lärm über ſchreiendes Unrecht und unerhörte Gewaltthätigkeit entſtanden ſein, wäre man nicht an die Entthronung von Regentenhäuſern von Seiten der Völker bereits gewöhnt geweſen und hätten die deutſchen Einigungsbeſtrebungen nicht auf dergleichen Acte die Gemüther längſt vorbereitet gehabt. Die „depoſſedirten" Fürſten fanden bei der deutſchen Nation wenig Theilnahme; ſie waren in ihren eigenen Ländern nicht beliebt. Im Allgemeinen erkannte man in dem Vorgehen Preußens einen wichtigen und dankenswerthen Schritt für die Einigung des zerſtückelten Deutſchlands; die auswärtigen Höfe aber wieſen auf Italien hin; ſo wenig die europäiſchen Mächte für die vertriebenen italieniſchen Fürſten eingeſchritten ſeien, ſo wenig könnten ſie ſich jetzt der deutſchen annehmen.

Für die Kurheſſen war die Einverleibung in Preußen ein erſehntes Ereigniß. Seit einem Jahrhundert befand ſich die Bevölkerung dieſes Landes im Kampf mit ihren Fürſten; ſo unter dem Kurfürſten Wilhelm I. (1785—1821), Wilhelm II. (1821—1847) und Friedrich Wilhelm (1847—1866); ſie war den Preußen dankbar für die Erlöſung von dieſer Dynaſtie. Nachdem der Kurfürſt Friedrich Wilhelm dem Bundesbeſchluß vom 14. Juni 1866 für Mobilmachung gegen Preußen beigeſtimmt hatte, verwahrte ſich die kurheſſiſche Kammer ſchon am 15. Juni gegen die Ausführung deſſelben und verweigerte jede Geldbewilligung. Am 16. Juni rückten die Preußen unter General v. Beyer in das Land, und ihre Proclamation verhieß beſſere Zeiten. In einer zweiten Proclamation vom 21. Juni 1866 erklärte Beyer die Autorität des Kurfürſten für ſuspendirt, die bisherigen Miniſter ihrer Function enthoben; das Staats- wie das Privatvermögen würden gewiſſenhaft geachtet und Einleitungen getroffen werden zur baldigen Beſeitigung der verfaſſungswidrigen Verordnungen des Kurfürſten und zur Herbeiführung der wünſchenswerthen Verbeſſerungen. An dem nämlichen Tage (21. Juni) wurde der Kurfürſt, welcher auf ſeinem Schloſſe Wilhelmshöhe geblieben war, als in preußiſcher Kriegsgefangenſchaft

befindlich erklärt. Der Commandant der kurheſſiſchen Truppen, General v. Loßberg, dagegen erließ am 24. Juni eine Bekanntmachung, welche den kurheſſiſchen Beamten bei Strafe der Verantwortung befahl, den Anordnungen des preußiſchen Generals keine Folge zu geben. Mit dem gefangenen Kurfürſten wurde inzwiſchen auf dem Schloſſe Wilhelmshöhe noch einmal wegen Annahme der preußiſchen Bedingungen verhandelt; er ſollte die Einhaltung der kurheſſiſchen Verfaſſung von 1831 verſprechen, ſich der neuen Bundesreform anſchließen, ſeine Truppen (beiläufig 4000 Mann) vom Bundesheere abrufen; unter dieſen Bedingungen wollte ihm Preußen ſeinen Thron garantiren. Als er dieſe Anträge wiederholt ausſchlug, führte man ihn am 26. Juni 1866 als Gefangenen nach Stettin ab und ſtellte das Land unter preußiſche Verwaltung. Die Annexion des Kurfürſtenthums an Preußen war hiermit entſchieden. Am 17. Auguſt 1866 wurde die königliche Einverleibungsbotſchaft den preußiſchen Kammern vorgelegt und am 8. September von denſelben angenommen. Hierauf wurde am 3. Oktober das Beſitzergreifungspatent publicirt und am 8. Oktober 1866 die Einverleibung vollzogen. Der Kurfürſt, ohne ſucceſſionsfähige Leibeserben und mit dem präſumtiven Thronerben, dem Landgrafen Friedrich (geboren 1820) aus der Linie Heſſen-Philippsthal, nicht auf dem beſten Fuße ſtehend, fand ſich nach und nach bereit, auf ſeinen Thron zu verzichten. Er verglich ſich mit der preußiſchen Regierung, entband von Stettin aus am 18. September 1866 ſeine Unterthanen des Eides der Treue und kehrte als Privatmann nach Heſſen zurück, wo er in Hanau ſeinen Wohnſitz aufſchlug.

In Hannover zeigte ſich für den entthronten Regenten etwas mehr Theilnahme als in Kurheſſen, freilich auch hier nur auf Seite des Adels, der Beſoldeten und der Einwohnerſchaft der Reſidenzſtadt Hannover, deren Intereſſen durch den Verluſt des Hofes empfindlich beeinträchtigt wurden. Von anderen Seiten dagegen traten unzweideutige Beweiſe an die Oeffentlichkeit, daß der Bevölkerung ein Anſchluß an Preußen erwünſcht ſei. Am 25. Juli 1866 traf eine Deputation aus den Städten Stade und Leer in Berlin ein, um die völlige Einverleibung in Preußen zu verlangen; dieſelbe Bitte wurde in den erſten Tagen des Auguſt in einer Adreſſe von der Stadt Hildesheim geſtellt; am 17. Auguſt hatten Abgeordnete aus verſchiedenen hannöverſchen Städten Audienz beim König von Preußen in der nämlichen Angelegenheit. Der König antwortete zuſagend; die Entthronung der alten Fürſtengeſchlechter in Hannover und Kurheſſen, erklärte er, die noch außerdem mit dem preußiſchen Hauſe verwandt ſeien, habe ihm zwar reifliche Ueberlegung gekoſtet und ſei ihm ſchmerzlich gefallen; aber er habe ſich ſchließlich doch dafür entſcheiden müſſen, da Preußens und

Deutſchlands Wohl die Einverleibung dieſer Länder verlangten; Preußen könne keinen Feind im Rücken und in der Flanke dulden. Die gleiche Antwort erhielt in den letzten Tagen des Auguſt in Berlin eine Deputation des hannöverſchen Adels, welche den König zu beſtimmen ſuchte, wenigſtens keine völlige Einverleibung in's Werk zu ſetzen. Der König gab der Deputation in einer ausführlichen Rede, worin er die Verhältniſſe auseinander ſetzte, den Beſcheid, daß Preußen von der Einverleibung Hannovers *nicht* abſtehen könne. „Nur die reiflichſte, wegen meiner verwandtſchaftlichen Verhältniſſe zum Hauſe Hannover ſchmerzlichſte Prüfung", ſchloß er ſeine Rede, „hat mich zu dem Beſchluſſe der Annexion kommen laſſen als einer Pflicht, mein Preußen für die von ihm gebrachten ſchweren Opfer zu entſchädigen und die wahrſcheinliche Wiederkehr der durch die unfreundliche Stellung Hannovers auch in Zukunft zu beſorgenden Gefahren zu beſeitigen. Ich hoffe, daß gegenſeitiges Vertrauen dereinſt zur Zufriedenheit führen wird."

Der König *Georg* V. hatte in der Kapitulation von Langenſalza (27. Juni 1866) die Bedingung eingehen müſſen, ſein Heer mit der Weiſung, nicht gegen Preußen zu kämpfen, in die Heimath zu entlaſſen, und ſich einen Wohnſitz außerhalb des Königreichs Hannover zu wählen. Er begab ſich nun zunächſt in das Gebiet ſeines Schwiegervaters, des Herzogs von Altenburg; von da traf er mit dem Kronprinzen am 19. Juli 1866 in Wien ein, um dem Orte der Verhandlungen nahe zu ſein, und nahm ſeine Wohnung im benachbarten *Hietzing*. Gleichwohl war er aber auch in der Reſidenz des Kaiſers nicht im Stande, das wiener Kabinet, das zunächſt für Oeſterreich ſelbſt zu ſorgen hatte, zu einer ernſtlichen Verwendung in ſeiner Angelegenheit zu beſtimmen; Oeſterreich überließ in den nikolsburger Friedenspräliminarien Norddeutſchland ohne alle Bedingung dem Gutdünken des Königs von Preußen. Die Königin Marie von Hannover war in Hannover zurückgeblieben in der Hoffnung, durch ihre beharrliche Behauptung der Reſidenz zur Aufrechthaltung der Thronrechte ihres Gemahls beizutragen; allein das preußiſche Kabinet ließ ſich dadurch nicht irre machen.*) Als nun durch die Publication des Einverleibungsgeſetzes am 20. Sept. 1866 dem König Georg jede Hoffnung abgeſchnitten war, vom preußiſchen Kabinet Conceſſionen für ſeine Rückkehr auf den Thron zu erlangen, richtete er am 23. September einen Proteſt an alle europäiſchen Höfe, worin er ſagte: „Wir proteſtiren angeſichts der ganzen Welt gegen die Beſitzergreifung unſeres Königreichs und deſſen Ein-

*) Am 27. September 1866 verließ ſie die Reſidenz in Hannover und ging nach dem Luſtſchloſſe Marienburg. Von hier begab ſie ſich, auf Andringen der preußiſchen Regierung, am 23. Juli 1867 zu ihrem Gemahl nach Hietzing.

verleibung in Preußen, welche als endgiltig vollzogen den 20. September dieſes Jahres angekündigt wurde, ſowie gegen alle Folgen dieſes Actes, indem wir erklären, daß dieſe Einverleibung oder Annexion eine unwürdige Uſurpation, ein verbrecheriſcher und verabſcheuungswürdiger Raub, eine flagrante Verletzung der europäiſchen Verträge, aller Grundſätze des Völkerrechts und der Unverletzlichkeit der Staaten und Kronen iſt." Die heftige Sprache dieſes Actenſtückes brachte jedoch nirgends die erwartete Wirkung hervor; das Publicum blieb kalt, und die Kabinete hatten keine Ohren. Es galt die alte Anſchauung nicht mehr, daß die Thronrechte des einzelnen Souveräns unter der Garantie der übrigen Souveräne ſtünden, und daß ſich alle Regenten in Waffenmacht erheben müßten, wenn einer ihrer Collegen in ſeinen Rechten geſtört ſei. Die Times ſagte in Bezug auf dieſen Proteſt: „Keine Rückſicht auf etwaige Verdienſte einzelner Fürſten darf uns die unſchätzbaren Wohlthaten überſehen laſſen, welche aus einer Bewegung, deren erſte Phaſe die Annexion Hannovers iſt, für Europa erwachſen werden. Als Politiker fragen wir vor Allem, ob die Ergebniſſe des Kampfes dem Volke, deſſen Lage er verändert hat, und uns ſelbſt von Nutzen ſein werden: und hier gibt es nur eine Antwort. Die Geſchichte lehrt, daß politiſche Einheit für jede Nation eine hohe Wohlthat und zugleich die ſicherſte Bürgſchaft des Friedens iſt. Wir können uns nur freuen, daß Deutſchland vielleicht noch in unſerem Zeitalter der ſtaatlichen Segnungen theilhaftig wird, welche die britiſchen Inſeln in ſo reichem Maße genießen und die auch Frankreich in der Welt berühmt gemacht haben. Mit Freuden begrüßen wir einen neuen und mächtigen Kämpfer für europäiſches Recht, ein Reich, welches die Intereſſen der Civiliſation wahrzunehmen vermag, welches zur Löſung der orientaliſchen Frage mithilft und ruſſiſchen Angriffen einen ſtarken Damm entgegenſetzt." Von den Mächten im Stiche gelaſſen, ſuchte der König von Hannover durch Agitationen unter der hannöverſchen Bevölkerung der preußiſchen Regierung den Beſitz wenigſtens zu erſchweren; vielleicht hoffte er auch auf eine gewaltſame Erhebung im Lande Hannover zu ſeinen Gunſten; aber für eine ſolche fehlten ſeiner bisherigen Regierungsweiſe alle Vorbedingungen; der König war in ſeinem Lande nicht beliebt; er erhielt von der Bevölkerung im Allgemeinen nur die Theilnahme, die man dem Unglück zollt. Einige Loyalitätsadreſſen, die man ihm zuſandte, waren von keiner Bedeutung; ſeine Rückkehr wurde zwar von ſeinen perſönlichen Anhängern, namentlich von den Einwohnern Hannovers, die durch den Verluſt der Reſidenz pecuniäre Nachtheile erlitten, keineswegs aber von dem Volke im Großen gewünſcht. Die Gemeindecollegien von Hannover hatten am 2. Auguſt ſeine Abdankung zu Gunſten des Kronprinzen verlangt, wozu er ſich aber nicht verſtand. Das Einzige, was

die Hannoveraner an dem neuen preußiſchen Regiment incommodirte, war die Ausſicht auf höhere Steuern und die allgemeine Wehrpflicht. Der König Georg ſuchte der preußiſchen Regierung vornehmlich dadurch Schwierigkeiten zu bereiten, daß er die Beamten in Civil und Militär nicht von dem Eid der Treue entband. Allein für die Dauer konnte dieſe Oppoſition nicht fortgeſetzt werden; es ſchien auch, daß die Geiſtlichkeit, die immer Mittel gefunden hat, ſich mit der herrſchenden Gewalt zu vertragen, hier bald einen Ausweg zur Geltung bringen werde, der den Widerſtand des Königs unwirkſam machte. Man berief ſich nämlich auf die Stelle im Römerbrief 13, 1, wo es heißt: „Jedermann ſei den Obrigkeiten unterthan, die Gewalt über ihn haben; denn es iſt keine Obrigkeit, als von Gott, und die beſtehenden Obrigkeiten ſind von Gott verordnet.“ Dieſe Stelle erlaubte die Auslegung, daß nach der Beſtimmung der heiligen Schrift die Unterthanen zum Gehorſam gegen einen Fürſten nur ſo lange verbunden ſeien, als derſelbe die Regierungsgewalt wirklich ausübe, und daß die Verpflichtung zum Gehorſam ſich immer an diejenige Perſönlichkeit knüpfe, in deren Beſitz ſich Land und Regierung befinden. In Wirklichkeit hatte die Kirche auch zu allen Zeiten dieſen Grundſatz befolgt; ſie iſt immer Demjenigen unterthan geweſen, der die Gewalt hatte, und hat ihre Tedeums für den neuen Eroberer ebenſo laut angeſtimmt, wie früher für den alten Beſitzer des Thrones. In den erſten Tagen des Oktober 1866 entband der König zunächſt die Civilbeamten und das Volk von Hannover des Eides „unter Verwahrung Allerhöchſt Ihrer Rechte und unter Vorbehalt eines Wiederauflebens jener Verpflichtungen auf die Zeit, wo S. Majeſtät der König Georg V. oder einer Ihrer ſucceſſionsberechtigten Nachfolger zur Ausübung der Regierung im Königreiche wieder gelangen würde.“ An ſeiner Weigerung, auch das Militär des Eides zu entbinden, hielt der König beharrlich feſt. Verſchiedene Bittgeſuche und Deputationen waren nöthig, bis er endlich am 27. Dezember 1866 den Commandanten der vormaligen hannöverſchen Armee, General v. Arentſchild, bevollmächtigte, alle Diejenigen, welche darum nachſuchten, aus dem hannöverſchen Militärdienſte (behufs des Uebertrittes in die preußiſche Armee) zu entlaſſen. Es gingen hierauf 456 hannöverſche Officiere in den preußiſchen Dienſt über. Als im Frühjahr 1867 die luxemburger Frage zur Verhandlung kam und der Ausbruch eines Krieges zwiſchen Frankreich und Preußen drohte, zeigte ſich unter den Anhängern des Königs Georg in Hannover einige Bewegung; man wollte eine Georgs-Legion durch geheime Werbungen organiſiren, welcher die Stadt Arnheim auf holländiſchem Gebiet als Sammelplatz angewieſen war. Allein die Schlichtung des luxemburger Streites durch die londoner Conferenz (11. Mai 1867)

machte die Hoffnung der Hofpartei, daß aus dem luxemburger Streite ein Krieg, und aus dieſem Kriege die Reſtauration des Königs hervorgehen werde, zu Nichte. Die preußiſche Regierung kam der Conſpiration auf die Spur, und es fand die Verhaftung mehrerer angeſehener Anhänger des Königs ſtatt.

Was das Herzogthum Naſſau anlangt, ſo hatte auch hier die Bevölkerung mit dem Herzog Adolph ſeit vielen Jahren Verfaſſungskämpfe; daneben empfand ſie auch, an Preußen angrenzend, den Nutzen ſehr lebhaft, welchen ihr eine nähere Verbindung mit dieſem Großſtaat bringen müßte, und die preußiſchen Annexionsbeſtrebungen fanden daher in dieſem Ländchen einen ſehr geebneten Boden. Am 12. April 1866 hatte die zweite Kammer des Herzogthums mit allen gegen drei klerikale Stimmen die Außerkraftſetzung der 1851 octroyirten Verfaſſungsedikte und Wiederherſtellung der Verfaſſung vom 28. Dezember 1849 verlangt und war dadurch mit dem Herzog in die entſchiedenſte Oppoſition getreten. Während nun die ſüddeutſchen Kammern im Mai 1866 ohne Anſtand die von ihren Regierungen geforderten Gelder für Kriegsrüſtungen bewilligen, lehnte die zweite Ständekammer von Naſſau die Forderung ab und beſchwerte ſich über die angeordnete Kriegsbereitſchaft; der Herzog vertagte deßhalb am 17. Mai 1866 den Landtag bis zum 4. Juni. Als er am 26. Juni die Forderung von 670,000 Gulden für Mobilmachung den Kammern abermals vorlegen ließ, verweigerte die zweite Kammer den Credit nochmals und ebenſo zum dritten Mal am 30. Juni, worauf der Herzog die zweite Kammer auflöste. Die Majorität hatte die Erklärung abgegeben, die beiden deutſchen Großmächte ſollten ihren Streit allein ausfechten; Naſſau bedürfe bei ſeiner geographiſchen Lage und ſeiner gewerblichen und commerciellen Beziehungen zu Preußen der Neutralität. Inzwiſchen hatte der Herzog ſein kleines Heer nichtsdeſtoweniger auf Kriegsſtärke gebracht und mit der ſüddeutſchen Bundesarmee vereinigt, worauf der Fürſt Karl von Hohenzollern, Gouverneur der preußiſchen Rheinprovinz, am 29. Juni 1866 an die Naſſauer eine Proclamation erließ, worin er ſagte, der König von Preußen hätte Naſſau gerne geſchont; da aber der Herzog ſeine Armee mit den ſüddeutſchen Bundestruppen vereinigt habe, die in den preußiſchen Kreis Wetzlar eingerückt ſeien, ſo müſſe er jetzt auch Naſſau feindlich behandeln. Der König von Preußen habe das Schwert gezogen, um Deutſchland vor dem Unglück zu bewahren, aus der Bahn einer glänzenden geiſtigen und materiellen Entwicklung zurückzufallen unter die entnervende Herrſchaft dynaſtiſcher Intereſſen und einſeitiger Sonderbeſtrebungen.“ Ernſtlich wurde jedoch von Preußen, das in jener Gegend keine Truppenmacht in Bereitſchaft hatte, vorläufig gegen Naſſau nicht vorgegangen; die Naſſauer konnten gegen einige wenige

preußiſche Landwehrcompagnien, die ſich zeigten, ein Paar Wochen hindurch ihr Land behaupten. Als ſich aber die preußiſche Mainarmee näherte, zogen ſich die naſſauiſchen Truppen am 14. Juli 1866 über den Main zu der Bundesarmee zurück, und der Herzog verließ am 15. Juli Biberich, um in's Hauptquartier nach Würzburg zu gehen. Die Preußen nahmen jetzt vom Herzogthum Beſitz. Nach dem Waffenſtillſtand am 28. Juli gingen die naſſauiſchen Truppen nicht nach Hauſe, ſondern bezogen Kantonirungen an der Donau bei Günzburg, wo ſie der Herzog am 8. September 1866 ihres Eides entband und in die Heimath entließ; er ſelbſt verfügte ſich vorläufig nach dem Badeort Reichenhall im ſüdlichen Bayern; ſpäter ging er nach Naſſau zurück und trat mit der preußiſchen Regierung in Verhandlung über die Ausſcheidung ſeines Privatgutes. Schon am 25. Juli 1866 hatte ſich eine Deputation induſtrieller Notabilitäten aus dem Herzogthum nach Berlin begeben, um für die Einverleibung in Preußen zu bitten; eine am 29. Juli in Wetzlar abgehaltene Verſammlung naſſauiſcher Ständemitglieder ſtellte die gleiche Bitte. Am 17. Auguſt wurde den berliner Kammern das Einverleibungsgeſetz vorgelegt, worauf am 12. September eine Deputation der naſſauiſchen Stände dem König von Preußen den Dank des Landes für die Annexion ausſprach. Die Adreſſe, welche die Deputation überreichte, begann mit den Worten: „Wenn wir als Vertreter des Landes Naſſau zum erſten Mal Eurer kgl. Majeſtät Thron nahen, ſo iſt unſer erſter Gedanke der des Dankes dafür, daß Eure kgl. Majeſtät uns aus der unſeligen Verkommenheit eines Kleinſtaates gezogen haben, welcher ſich vorzugsweiſe zur Aufgabe geſtellt zu haben ſchien, die geſammte deutſche, ſowie ſeine eigene Entwicklung zu hemmen. Naſſau iſt nunmehr definitiv vereinigt mit einem aufſtrebenden großen Staatsweſen, welches unter Ew. kgl. Majeſtät Scepter berufen iſt, die höchſten Stufen der nationalen Entwicklung zu erreichen. Unſer Land baut darauf die freudige, zuverſichtliche Hoffnung, durch in Pflichten und Rechten gleiche Theilnahme an dieſer Entwicklung die Schäden ausgeheilt zu ſehen, welche ihm aus der ſeitherigen beharrlichen Verkennung ſeiner Bedürfniſſe erwachſen ſind."

Eine ganz andere war nun aber die Stimmung in Frankfurt; hier gab ſich die entſchiedenſte Abneigung gegen eine Einverleibung in Preußen kund. Frankfurt war bisher eine freie Stadt und verzichtete ebenſo ungern auf dieſe Unabhängigkeit, wie ſeiner Zeit andere deutſche Reichsſtädte; wiewohl die Bürgerſchaft empfinden mußte, daß ſie bei politiſchen Verwickelungen nicht minder macht- und hülflos daſtand, wie Nürnberg, Augsburg und die übrigen Reichsſtädte in den letzten beiden Jahrhunderten, und nur als fetter Beutegegenſtand beachtet und demgemäß auch behandelt wurde. Die Stadt war bei

dem jeweiligen Umſichgreifen der Reaction eine Zuflucht der liberalen Beſtrebungen geweſen und hatte dadurch bei der preußiſchen Regierung wiederholt angeſtoßen. Sie war außerdem der Sitz des überwiegend öſterreichiſch geſinnten Bundestages, von dem die Einwohnerſchaft nicht unerheblichen pecuniären Nutzen hatte, ſie war ferner die Stadt der Bankiers, die aus der troſtloſen öſterreichiſchen Finanzlage großen Vortheil gezogen, während der geregelte Finanzzuſtand des Königreichs Preußen keine günſtigen Chancen für Anlehen und Papierſpeculationen bot: kurz, die Bürgerſchaft, wenn auch mit dem öſterreichiſchen Regierungsſyſtem nicht einverſtanden und überall, wo es dem geiſtigen Fortſchritte galt, mit an der Spitze von Deutſchland, war immer, wo es ſich um die Rivalität der beiden deutſchen Großmächte handelte, ein Freund Oeſterreichs und ein Gegner Preußens. Von Seiten der preußiſchen Regierung gab ſich daher jetzt, wo ſich eben wieder die völlige Hülfloſigkeit ſo kleiner Territorien recht klar darſtellte, eine Animoſität gegen die verlaſſene Stadt kund, welche dem norddeutſchen Großſtaate zwar ſehr übel anſtand und in ganz Deutſchland und Europa auch die verdiente Mißbilligung hervorrief, aber nichtsdeſtoweniger von Tag zu Tag ſich ſteigern und auch ganz ungeſtört ſich geltend machen konnte, bis der ſchwere Druck auf die Einwohnerſchaft endlich mit der völligen Einverleibung in das Königreich Preußen ſein Ziel erreicht hatte.

Als die preußiſche Mainarmee im nördlichen Bayern erſchienen war, hatte der Befehlshaber des achten Bundesarmeecorps, Prinz Alexander von Heſſen, den Plan, Frankfurt mit Wällen zu umgeben. Es waren vom Bundestag zu dieſem Zweck am 10. Juli 1866 bereits 200,000 Gulden auf das Haus Rothſchild angewieſen worden; allein am 11. Juli, wo der Reſt der Bundestagsgeſandten Frankfurt verließ und nach Augsburg überſiedelte, proteſtirte der Senat gegen dieſe Maßregel, indem er dem Bund erklärte, was man hier zum Schutze der Stadt unternehmen wolle, ſei ihr gefährlicher, als was ihr drohe; Frankfurt wünſche als offene Stadt betrachtet und behandelt zu werden. Darauf wurden die Befeſtigungsarbeiten am 14. Juli eingeſtellt. Am 16. und 17. Juli rückten ſodann 15,000 Mann Preußen unter dem Commando des Generals Vogel von Falckenſtein ein, der den Bewohnern auch ſogleich (16. Juli) in einer Proklamation ankündigte, daß er jetzt hier allein Herr, daß ihm vom König von Preußen die Regierungsgewalt über die Stadt übertragen ſei. Der Senat und das Bürgercollegium wurden aufgelöst, die Turner und Wehrvereine mußten ihre Waffen abliefern, alle frankfurter Zeitungen, mit Ausnahme des Frankfurter Journals, wurden verboten, die Einwohner mußten eine Contribution von 6 Millionen Gulden zahlen und außerdem noch

60,000 Paar Schuhe, 300 für die Cavalerie brauchbare Pferde und 30,000 Flaſchen Wein für die in Kurheſſen ſtehenden Preußen liefern.*) Am 19. Juli wurde Falckenſtein nach Böhmen abgerufen, und der General v. Manteuffel trat an ſeine Stelle. Dieſer löste das frankfurter Bataillon (19. Juli) auf und ſchrieb eine neue Contribution von 25 Millionen Gulden aus, an welcher die erſten 6 Millionen abgerechnet werden ſollten; ſo daß die Stadt außer jenen 6 noch 19 Millionen zu zahlen gehabt hätte. Die Bürgerſchaft erklärte, eine ſolche Zahlung ſei der Ruin der Stadt; es ſei ihr unmöglich, dieſelbe zu leiſten. Der Proteſt war jedoch vergeblich; es wurde den Einwohnern ſtarke militäriſche Execution in das Haus gelegt, einzelne Bürger erhielten bis zu 50 Mann in's Quartier, um ſie zur Zahlung zu nöthigen; doch konnte nur die Erlegung der erſten 6 Millionen erzwungen werden. Der Bürgermeiſter Fellner, dem befohlen worden war, das Vermögen der Mitglieder des Staatskörpers zu taxiren, um darnach die Quote zu beſtimmen, welche der Einzelne an der Contribution zu zahlen hätte, erhängte ſich in der Nacht vom 23. auf den 24. Juli aus Verzweiflung. Am 23. Juli ging der General v. Manteuffel zur Armee ab, die am Main gegen die Bundestruppen operirte, und General v. Röder übernahm ſtatt ſeiner das Commando in Frankfurt; auch dieſer Wechſel brachte den Bürgern jedoch keine Erleichterung. Der Reſt der Bundesverſammlung in Augsburg erklärte am 26. Juli zu Protokoll, er verwahre ſich gegen die Gewaltacte, welche ſich das preußiſche Militär in Frankfurt erlaube, und gebe die Würdigung dieſer Handlungsweiſe dem Urtheile der civiliſirten Welt anheim. Dagegen zählte ſodann der preußiſche Staatsanzeiger folgende Urſachen des preußiſchen Verfahrens auf: Syſtematiſche Feindſchaft der frankfurter Regierung gegen Preußen; Toleranz der Beleidigung des Königs von Preußen; Verträgeverletzung; Beſchädigung des preußiſchen Eigenthums; Theilnahme an dem Krieg der öſterreichiſchen Coalition gegen Preußen. In den erſten Tagen des Auguſt 1866 begab ſich der frankfurter Bürgermeiſter Müller mit einer Deputation nach Berlin, um für die Stadt eine billigere Behandlung auszuwirken; er erhielt den Beſcheid, man wolle von der Beitreibung der 19 Millionen vorläufig abſehen, behalte ſich aber weitere Verhandlungen vor, wozu ſich Müller und der Senator v. Oven am 15. Auguſt wieder in Berlin einfinden ſollten. Dieſe weiteren Verhandlungen gingen, wie vorauszuſehen, auf

*) Dies erinnerte ganz an die franzöſiſchen Requiſitionen in den Kriegen Napoleons I., durch welche Preußen damals mehr als andere Staaten mitgenommen wurde. Die Naturallieferungen Frankfurts an Preußen betrugen wiederum 2 Millionen Gulden.

die völlige Annexion Frankfurts hinaus. Schon am 17. Auguſt kündigte eine königliche Botſchaft der preußiſchen Kammer die Einverleibung der Stadt zugleich mit jener von Hannover, Naſſau und Kurheſſen an. Die frankfurter Münze mußte am 11. September das Prägen mit dem frankfurter Stempel einſtellen. Es war vergeblich, daß die frankfurter geſetzgebende Verſammlung und das Einundfünfziger-Collegium (12. September) den Eid an Preußen verweigerten; der preußiſche Civilcommiſſär v. Madai erklärte, dieſe Weigerung ändere an den Verhältniſſen Nichts, die Leiſtung des Eides ſei irrelevant. Am 11. Oktober 1866 wurde die Einverleibung vollzogen. Die Eintreibung der Contribution von 19 Millionen unterblieb; bezüglich der 6 Millionen und der 2 Millionen für Naturallieferungen machten die Frankfurter Anſpruch auf Rückerſatz, da ſie jetzt mit Preußen vereinigt ſeien (Ende Dezember 1866). Die Linke der preußiſchen Kammer ſtimmte für die Zurückſtellung der 6 Millionen, da Frankfurt dieſe Schuld nicht als Stadt, ſondern als Staat gemacht habe und Preußen mit der Einverleibung auch die Staatsſchulden übernehmen müſſe; Frankfurt habe ſein Contingent nicht gegen Preußen gebraucht, ſei überhaupt die Stadt, welche durch die neuen Verhältniſſe am meiſten verliere, und es ſei daher billig, ihr die Contribution zurückzuſtellen. Die Kammer ging jedoch, auf den Antrag ihrer Commiſſion, am 22. Januar 1867 über dieſe Bitte mit Stimmenmehrheit zur Tagesordnung über, da der Regierungscommiſſär erklärte, für die Rückzahlung ſei kein Geld vorhanden. Der preußiſche Finanzminiſter von der Heydt richtete in den erſten Tagen des Februar 1867 ein Schreiben an die frankfurter Bürger, welche um Rückerſtattung der Contribution von 6 Millionen gebeten hatten, worin er ſagte, bei den Verhandlungen des frankfurter Senators Müller mit dem Grafen Bismarck in Brünn habe es die Stadt in ihrer Hand gehabt, durch freiwilligen Anſchluß an Preußen jeder Contribution zu entgehen und ſich gewiſſe Privilegien zu ſichern. Sie habe dies nicht gewollt. Jetzt, nachdem ſie nach dem Recht der Eroberung einverleibt ſei, könne eine Rückzahlung der 6 Millionen nicht mehr ſtattfinden. Darauf ſandten die Frankfurter Mitte Februar 1867 eine Deputation an den König. Dieſelbe erhielt den Beſcheid, man ſolle unterſuchen, ob die Contribution von 6 Millionen Gulden dem Staate Frankfurt, oder der Stadt zur Laſt falle; ſei Letzteres der Fall, ſo wolle der König darauf Bedacht nehmen, daß die Stadt nicht über ein Maß hinaus belaſtet werde, welches mit der Entwicklung ihres Wohlſtandes unverträglich ſei*).

*) Ende Auguſt 1867, wo dieſer Bogen in die Druckerei ging, war die Sache noch nicht entſchieden.

Die Urkunden, durch welche das preußiſche Miniſterium die Einverleibung von Hannover, Kurheſſen, Naſſau und Frankfurt vollzog, waren für alle dieſe Länder gleichlautend. Am 17. Auguſt 1866 legte der Miniſter Graf Bismarck der zweiten preußiſchen Kammer die Einverleibungsbotſchaft des Königs und den Geſetzentwurf vor. In den erſten Tagen des September 1866 erſtattete ſodann die ſtändiſche Kommiſſion der Kammer über die königliche Vorlage Bericht und forderte die Kammer zur Zuſtimmung auf. Sie erklärte, Preußen habe das vollſte Recht auf die Einverleibung dieſer Länder; ſowohl das ältere als das moderne Staatsrecht zählten die Eroberung zu den giltigen Rechtstiteln für den Erwerb fremden Staatsgebietes. Die eroberten Staaten hätten ſelbſt die Entſcheidung des Krieges herbeigerufen, indem ſie in der Bundestagsſitzung vom 14. Juni 1866 die Mobilmachung ihrer Heere gegen Preußen beſchloſſen; ſie müßten mit vollem Rechte jetzt auch die Folgen tragen. Die Kommiſſion erkenne in der Einverleibung dieſer Länder den Beginn eines neuen Abſchnittes nationaler Entwicklung; ſie habe die königliche Botſchaft und den Geſetzentwurf mit hoher Befriedigung aufgenommen und befinde ſich mit der Regierung über die Aufgaben, welche der preußiſche Staat an der Hand dieſes Geſetzes zu löſen habe, im vollſten Einverſtändniß. Die Kammer ſtimmte der Anſicht der Kommiſſion vollkommen bei und nahm den Geſetzentwurf am 8. September 1866 mit 273 gegen 14 Stimmen an. Nach demſelben wurde ſodann in etwas veränderter Faſſung das vom 20. September 1863 datirte Einverleibungsgeſetz formulirt und am 22. September durch den preußiſchen Staatsanzeiger bekannt gemacht. Darauf erließ der König von Preußen am 3. Oktober 1866 das Beſitzergreifungspatent und eine Proclamation an die Einwohner der annektirten Länder. Am 6. Oktober 1866 wurden in Hannover die Behörden und ſtädtiſchen Collegien im großen Saale des ſtädtiſchen Reſidenzſchloſſes verſammelt, um ihnen die Einverleibung bekannt zu machen; eine öffentliche Feier vermied die preußiſche Regierung im Königreich Hannover, weil ſie den Anhängern der vertriebenen Königsfamilie keine Gelegenheit zu Demonſtrationen geben wollte. In Kaſſel dagegen wurde die Einverleibungsfeierlichkeit am 8. Oktober öffentlich vor dem Schloſſe auf dem Friedrichsplatz abgehalten; der preußiſche Civilcommiſſär Möller las das Einverleibungsgeſetz und die königliche Proclamation vom Balkon des Schloſſes den untenſtehenden Truppen, Geiſtlichen und Vereinen vor und hielt hierauf eine Anſprache, worin er ſagte: „Die Tauſende, welche hier verſammelt ſind, geben Zeugniß davon, daß das Volk der Heſſen die unermeßliche Bedeutung des Ereigniſſes für ſein Glück und ſeine Wohlfahrt zu erfaſſen und zu würdigen weiß. Mag auch mancher mit Wehmuth auf den

Untergang des Kurſtaates blicken: einſt werden Alle dieſe Wandlung ſegnen!" Am Schluſſe der Feierlichkeit wurde unter dem Geläute aller Glocken und der Löſung von 101 Kanonenſchüſſen eine Feſthymne geſungen. Auch in Wiesbaden wurde die Einverleibungsfeier (8. Oktober) öffentlich (auf dem Schillerplatz) vollzogen unter Anweſenheit der Behörden, der Geiſtlichkeit, der Schulen und des Militärs, das Carré gebildet hatte. Am Schluſſe brachte die Verſammlung dem König von Preußen ein Hoch und ſtimmte das preußiſche Nationallied an. In Frankfurt dagegen, wo von Seiten der Bevölkerung nicht nur keine Theilnahme, ſondern im Gegentheil Störungen zu erwarten geweſen wären, wurde die Feierlichkeit am 8. Oktober nicht öffentlich, ſondern im Kaiſerſaale des Römers in Gegenwart der Geiſtlichkeit, der Behörden und der Officiere der preußiſchen Garniſon abgehalten. Nachdem der preußiſche Civilcommiſſär das Einverleibungspatent und die königliche Proclamation vorgeleſen hatte, hielt der preußiſche Civilgouverneur v. Patow eine verſöhnliche Anſprache an die Verſammlung, worin er der alten geſchichtlichen Bedeutung der Stadt Frankfurt rühmend gedachte und die Bürgerſchaft zu einem freudigen Anſchluß an die neuen, der deutſchen Einigung ſo förderlichen Verhältniſſe ermahnte. Es that freilich noth, von Verſöhnung zu ſprechen; denn das bisherige Verfahren des preußiſchen Miniſteriums gegen die Stadt war nichts weniger als verſöhnlich geweſen und konnte nur Erbitterung hervorrufen. Am Schluſſe wurde dem König von Preußen ein Hoch gebracht und auf dem Römer die preußiſche Flagge aufgepflanzt.

Annexion von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt a. M. an Preussen.

Königliche Botschaft

an beide Häuser des Landtags, betreffend die Vereinigung von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt mit der Monarchie.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preussen etc., thun kund und fügen hiermit zu wissen: Die Regierungen des Königreichs Hannover, des Kurfürstenthums Hessen und des Herzogthums Nassau, sowie die freie Stadt Frankfurt haben sich durch ihre Theilnahme an dem feindlichen Verhalten des ehemaligen Bundestages in offenen Kriegszustand mit Preussen versetzt. Sie haben sowohl die Neutralität, als das von Preussen unter dem Versprechen der Garantie ihres Territorial-Bestandes ihnen wiederholt und noch in letzter Stunde angebotene Bündniss abgelehnt, haben an dem Kriege Oesterreichs mit Preussen thätigen Antheil genommen, und die Entscheidung des Krieges über sich und ihre Länder angerufen.

Diese Entscheidung ist nach Gottes Rathschluss gegen sie ausgefallen. Die politische Nothwendigkeit zwingt Uns, ihnen die Regierungsgewalt, deren sie durch das siegreiche Vordringen Unserer Heere entkleidet sind, nicht wieder zu übertragen.

Die genannten Länder würden, falls sie ihre Selbstständigkeit bewahrten, vermöge ihrer geographischen Lage bei einer feindseligen oder auch nur zweifelhaften Stellung ihrer Regierungen der Preussischen Politik und militärischen Action Schwierigkeiten und Hemmnisse bereiten können, welche weit über das Maass ihrer thatsächlichen Macht und Bedeutung hinausgingen. Nicht in dem Verlangen nach Ländererwerb, sondern in der Pflicht, Unsere ererbten Staaten vor wiederkehrender Gefahr zu schützen, der nationalen Neugestaltung Deutschlands eine breitere und festere Grundlage zu geben,

liegt für Uns die Nöthigung, das Königreich Hannover, das Kurfürstenthum Hessen, das Herzogthum Nassau und die freie Stadt Frankfurt auf immer mit Unserer Monarchie zu vereinigen.

Wohl wissen Wir, dass nur ein Theil der Bevölkerung jener Staaten mit Uns die Ueberzeugung von dieser Nothwendigkeit theilt. Wir achten und ehren die Gefühle der Treue und Anhänglichkeit, welche die Bewohner derselben an ihre bisherigen Fürstenhäuser und an ihre selbstständigen politischen Einrichtungen knüpfen. Allein Wir vertrauen, dass die lebendige Betheiligung an der fortschreitenden Entwickelung des nationalen Gemeinwesens in Verbindung mit einer schonenden Behandlung berechtigter Eigenthümlichkeiten den unvermeidlichen Uebergang in die neuere grössere Gemeinschaft erleichtern werde.

Die beiden Häuser des Landtags fordern Wir auf, die zur beabsichtigten Vereinigung erforderliche verfassungsmässige Einwilligung zu ertheilen, und lassen Ihnen zu diesem Behufe den beikommenden Gesetz-Entwurf zugehen.

Gegeben Berlin, den 16. August 1866.

(L. S.) *Wilhelm.*

v. Bismarck. v. d. Heydt. v. Roon. Itzenplitz. v. Mühler. Graf zur Lippe. v. Selchow. Graf Eulenburg.

Gesetz,

betreffend die Vereinigung des Königreichs Hannover, des Kurfürstenthums Hessen, des Herzogthums Nassau und der freien Stadt Frankfurt mit der preussischen Monarchie.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preussen etc., verordnen unter Zustimmung beider Häuser des Landtages was folgt:

§. 1. Das Königreich Hannover, das Kurfürstenthum Hessen, das Herzogthum Nassau und die freie Stadt Frankfurt werden in Gemässheit des Art. 2 der Verfassungurkunde für den preussischen Staat mit der preussischen Monarchie für immer vereinigt.

§. 2. Die preussische Verfassung tritt in diesen Landestheilen am 1. Oktober 1867 in Kraft. Die zu diesem Behufe nothwendigen Abänderungs-, Zusatz- und Ausführungs-Bestimmungen werden durch besondere Gesetze festgestellt.

§. 3. Das Staats-Ministerium wird mit der Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 20. September 1866.

(L. S.) *Wilhelm.*

Graf von Bismarck-Schönhausen. Frhr. von der Heydt. von Roon. Graf von Itzenplitz. von Mühler. Graf zur Lippe. von Selchow. Graf zu Eulenburg.

Protestation

du Roi George V de Hanovre contre l'annexion de son royaume à la Prusse remise à toutes les cours de l'Europe

d. d. Hietzing, près de Vienne, le 23 Septembre 1866.

Nous Georges V, par la grâce de Dieu, roi de Hanovre, etc.

Le 15 Juin 1866, S. M. le Roi de Prusse, notre vrai cousin et jusque-là notre allié, a fait envahir hostilement notre royaume, en violant les droits les plus légitimes et le plus sacrés. La conduite de notre gouvernement pendant le conflit qui, à notre grand regret, avait éclaté entre l'Autriche et la Prusse, ne pouvait fournir aucun prétexte pour une agression si injuste.

Au contraire, animé du désir le plus vif et le plus sincère de voir s'arranger les différends qui s'étaient produits entre les deux membres les plus puissants de la Confédération germanique, et cherchant à éviter le malheur qui devait résulter d'une guerre entre des Allemands, notre gouvernement a fait tout ce qui était possible pour rester en relations amicales avec la Prusse aussi bien qu'avec l'Autriche, et pour se trouver ainsi en état d'agir au sein de la diète fédérale dans le sens de la paix et de la conciliation.

Comme le gouvernement prussien avait exprimé vis-à-vis de nous le vœu de nous voir rester neutre dans une guerre éventuelle, nous avons accédé à ce vœu; seulement nous avons fait déclarer à Berlin que les conditions particulières de cette neutralité ne pourraient être réglées qu'au cas de la dissolution de fait de la Confédération germanique.

Notre accession aux propositions de la Prusse était en accord complet avec les circonstances, puisque le droit fédéral, en défendant aux membres de la confédération de se faire la guerre entre eux, leur interdisait aussi, par conséquent, de prendre part à une guerre qui, malgré cette défense, éclaterait entre les membres de la confédération.

Pour motiver les actes hostiles dont la Prusse s'est rendue coupable à l'égard de notre royaume, on a prétendu dernièrement à Berlin que pendant les négociations sur le neutralité nous nous étions engagé envers le ca-

binet de Vienne à faire opérer nos troupes de concert avec le corps autrichien qui était dans le Holstein.

Cette assertion est complétement fausse. Notre gouvernement se considérait comme lié par l'assurance qu'il avait donnée de conserver la neutralité au cas de la rupture du pacte fédéral, et c'est seulement au cas où notre pays aurait été attaqué par la Prusse que nous aurions accepté le secours que S. M. l'Empereur d'Autriche nous fit offrir. Mais, plein de confiance en la loyauté du gouvernement prussien, nous fîmes répondre à Sa Majesté que nous ne croyions pas avoir besoin de ce secours.

Par suite, le corps autrichien qui occupait le Holstein a traversé notre pays, sans s'y arrêter, par le chemin le plus court pour se rendre dans le sud de l'Allemagne. Vers le même temps nous avons permis au corps d'armée prussien qui était sous le commandement du général de Manteuffel de passer sur notre territoire pour se rendre à Minden.

Notre conduite a répondu, dans ces circonstances, aux principes de la plus stricte neutralité. Nous étions loin de penser que le Roi de Prusse se servirait, quelques jours après, du même corps d'armée pour s'emparer de notre pays.

Notre armée se trouvait sur le pied de paix le plus complet, puisque nous nous reposions sur la neutralité que nous avions promise, et pour laquelle les négociations, quoique ajournées, devaient être reprises néanmoins en temps opportun, savoir, pour les conditions spéciales de son exécution, conformément aux déclarations expresses et réitérées que notre ministre des affaires étrangères, le comte Platen-Hallermund, avait faites relativement à cette affaire au ministre de Prusse, prince d'Isenbourg.

Notre gouvernement n'avait, par conséquent, pas fait acheter de chevaux et n'avait pas pris la moindre mesure à laquelle on pût attribuer le caractère d'un armement militaire. Tout ce que les feuilles prussiennes ont dit récemment sur les prétendus armements du Hanovre est dénué de fondement et n'a eu pour but que d'induire en erreur l'opinion publique et de justifier les actes de violence inqualifiable qui ont été commis contre notre royaume et nos sujets.

Animé constamment d'un esprit de modération, de conciliation et d'impartialité, nous avons donné ordre à notre représentant à Francfort de se prononcer contre la proposition autrichienne du 4 juin, en tant qu'elle avait pour but de faire prendre parti à la confédération germanique contre la Prusse, et de ne voter pour la mobilisation proposée qu'autant que celle-ci n'était pas dirigée contre ladite puissance, et qu'elle n'avait pour but que de maintenir la tranquillité et la sûreté sur le territoire fédéral.

Les allégations que les organes prussiens ont produites dans ces derniers temps contre notre politique à cet égard sont dénuées également de tout fondement. L'attitude que notre gouvernement avait prise depuis le

commencement du conflit nous faisait donc espérer que notre royaume et nos fidèles sujets ne seraient pas atteints par une guerre qui paraissait devenir plus imminente de jour en jour.

Mais qu'elle a été notre surprise douloureuse quand le cabinet de Berlin se donna, le 15 juin, l'apparence d'avoir oublié tous les antécédents de la question et fit présenter à notre gouvernement une sommation qui n'avait nullement le but de nous demander de fixer définitivement et réciproquement les conditions de la neutralité qui nous avait été offerte et que nous avions acceptée en principe, mais de nous déterminer à renoncer à certaines prérogatives essentielles de notre souveraineté en faveur de la Prusse, ainsi qu'à une partie de l'indépendance de notre royaume et à beaucoup de droits légitimes de nos sujets, quoique la souveraineté et l'indépendance de notre royaume aient été reconnues et garanties par toute l'Europe! On nous laisse une journée pour réfléchir et pour prendre notre décision, et on nous menace de la guerre au cas où nous refuserions de nous soumettre à la volonté de la Prusse.

Après avoir entendu nos ministres, nous prîmes, d'après leur conseil unanime, qui répondait à notre manière de voir, la résolution de faire déclarer à l'envoyé du Roi de Prusse que les propositions qu'il venait de nous soumettre étaient inacceptables; que néanmoins notre gouvernement, dans la conviction inébranlable que le droit fédéral défendait la guerre entre les membres de la Confédération, ne prendrait pas de mesures militaires vis-à-vis du gouvernement prussien allié, tant que les frontières du Hanovre ne seraient pas attaquées, et qu'il ne renonçait pas à l'espoir que les rapports amicaux qui avaient subsisté jusque-là entre les deux gouvernements seraient maintenus aussi à l'avenir.

Après que notre résolution eut été communiquée à l'envoyé prussien, celui-ci répondit par une déclaration de guerre contre laquelle notre ministre des affaires étrangères protesta immédiatement. Ceci eut lieu à minuit, dans la nuit du 15 au 16 juin de cette année. A cinq heures du soir du même jour, c'est-à-dire le 15 juin, le corps d'armée du général de Manteuffel se trouvait dans les environs de Harbourg et y prit une position hostile encore avant la déclaration de guerre.

Nous soumettons au jugement de tous les honnêtes gens ce procédé du gouvernement prussien, qui trompa notre confiance, en nous soutirant la promesse de faire marcher nos troupes par notre territoire avec l'intention de s'en emparer par la force. Nous livrons à l'indignation du monde civilisé cette agression commise en pleine paix contre le pays d'un prince ami, parent et allié, et nous sommes convaincu que le monde entier condamnera cette violation honteuse de la morale publique, du droit des gens et des traités et des mœurs des nations soumises à un ordre politique régulier.

Nous sommes convaincu en même temps que tous les hommes im-

partiaux admettront avec nous que le gouvernement prussien nourrissait depuis assez longtemps le plan préconçu et bien médité de s'emparer de notre pays; que la proposition de rester neutre, qui nous a été faite, n'avait pour but que de nous bercer d'une sécurité trompeuse; que le cabinet de Berlin nous a posé exprès des conditions d'alliance humiliantes, sachant bien que nous ne pourrions les accepter, et que, finalement, quelque attitude que nous eussions prise, il nous serait devenu très-difficile, sinon impossible, de nous soustraire aux violences du gouvernement prussien.

Avec l'impossibilité où était notre armée d'opposer une résistance efficace à l'invasion des forces prussiennes qui faisaient irruption de tous côtés dans notre pays, dont elles occupaient les frontières depuis plusieurs jours, nous concentrâmes nos troupes près de Gœttingen pour les mettre immédiatement hors de portée des forces prussiennes.

Arrivés à proximité d'Eisenach, nous entrâmes en négociations pour une suspension d'armes qui nous avait été offerte et qui avait ensuite été convenue par les deux parties. Mais avant qu'elle fût expirée, nos troupes se virent attaquées par l'armée prussienne, par suite d'un ordre que celle-ci avait reçu du général Vogel de Falkenstein. C'était là une seconde violation flagrante de tous les droits et usages qui existent chez les peuples civilisés.

Bien que notre armée se trouvât sur le pied de paix et que ses forces fussent épuisées par suite des fatigues, privations et marches forcées auxquelles elle avait dû se prêter depuis quatre jours, elle remporta néanmoins, près de Langensalza, une brillante victoire sur les Prussiens. Le lendemain matin, nous la vîmes malheureusement entourée par de forces triples en nombre, et comme nous ne pouvions compter sur aucun secours, nous nous décidâmes à accepter une capitulation, pour ne pas répandre inutilement le sang de nos braves soldats.

Sitôt que la guerre entre l'Autriche et la Prusse parut approcher de sa fin, nous nous rendîmes à Vienne, où les négociations de paix s'ouvraient en ce moment, et nous adressâmes à S. M. le Roi de Prusse, qui se trouvait à Nikolsbourg, une lettre dans laquelle nous lui exprimions le vœu sincère d'entrer de notre côté en négociations de paix avec lui.

Contrairement à tous les usages qui existent entre souverains, notre lettre ne fut pas acceptée par le Roi de Prusse.

Malgré cela, nous cherchâmes à nous assurer par tous les moyens qui étaient en notre pouvoir la conservation de notre royaume. Nous étions même disposé à renoncer à nos droits royaux en faveur de notre fils et héritier bienaimé, S. A. R. le prince Ernest-Auguste, pour le cas où la Prusse le mettrait sans délai en possession de la couronne du royaume du Hanovre.

D'autre part, nos fidèles sujets, qui résistaient courageusement à la domination dure, arbitraire et despotique, que l'administration prussienne leur avait imposée, ne laissèrent pas passer l'occasion de manifester leurs vœux

ardents de rester sous une dynastie qui leur est chère, qui depuis mille ans partage avec eux les destinées du pays et qui a fait tous ses efforts pour assurer sa prospérité et pour consolider son bien-être.

Vains efforts! S. M. le Roi de Prusse, après avoir occupé notre royaume d'une manière insidieuse, a cru pouvoir en prendre possession définitive, et, le 20 septembre de cette année, il l'a déclaré incorporé à ses États. La seule raison que le gouvernement prussien met en avant pour justifier cet acte arbitraire, inoui dans l'histoire de l'Allemagne, est celle qu'il croit trouver dans le droit de conquête.

Mais le droit de conquête suppose une guerre conforme aux principes du droit des gens. Or il n'y a jamais eu de guerre pareille entre nous et le Roi de Prusse. Comme nous l'avons déjà dit, elle ne pouvait même avoir lieu d'après les lois fondamentales de la Confédération germanique, et elle aurait dû être moralement impossible de la part d'un proche parent, d'un souverain ami, d'un prince allemand.

Nous nous trouvions donc simplement et clairement dans le cas de légitime défense contre une attaque que rien ne justifiait et que nous n'avions pas provoquée.

En présence des faits mentionnés, nous protestons hautement et solennellement contre l'invasion injustifiable dans notre pays que les corps d'armée du Roi de Prusse se sont permise le 15 juin et les jours suivants; contre l'occupation de notre royaume par ces troupes; contre l'usurpation de nos droits et prérogatives que les agents de la Prusse ont commise et qu'ils pourraient encore commettre à l'avenir; contre les dommages à notre propriété, nos revenus, biens de toute nature que nous et notre maison royale avons éprouvés de la part de la Prusse, et pourrions en éprouver à l'avenir; contre la spoliation que le trésor public du Hanovre a subie sous l'administration prussienne et pourrait subir à l'avenir; contre les persécutions, pertes et préjudices auxquels nos fidèles sujets ont été exposés par suite des actes injustes et illégaux de l'administration du Roi de Prusse, et pourraient être exposés à l'avenir; contre les obstacles que ladite administration a opposés brutalement aux manifestations de nos bien-aimés sujets en faveur du maintien de notre dynastie et de l'indépendance du Hanovre, tandis qu'elle provoquait et favorisait, par les manœuvres les plus déloyales, des manifestations dans le sens opposé: contre la mauvaise volonté du Roi de Prusse, qui a repoussé les démarches que nous avons faites ou ordonné de faire auprès de lui ou de son gouvernement pour rétablir la paix entre nous.

Finalement, nous protestons avant tout, en face du monde entier, contre la prise de possession de notre royaume et son incorporation en Prusse, dont l'accomplissement définitif a été annoncé le 20 septembre de cette année, de même que contre toutes les conséquences de cet acte, en déclarant que cette incorporation ou annexion est une usurpation indigne, une spoliation crimi-

nelle et détestable, une violation flagrante des traités européens, de tous les principes du droit des gens et de l'inviolabilité des États et des Couronnes.

Cette déclaration solonnelle, que nous faisons aussi pour notre successeur légal, a principalement pour but de repousser toute attaque aux droits de souveraineté qui nous appartiennent en vertu du droit d'hérédité, et qui ont été sanctionnés et garantis par toutes les puissances européennes.

Nous invoquons l'appui de toutes les puissances qui ont reconnu notre souveraineté et l'indépendance de notre royaume, dans la conviction que jamais elles ne permettront que la force prime le droit, puisqu'un principe pareil, appliqué aujourd'hui par la Prusse, pourrait menacer dans l'avenir l'existence de toutes les monarchies et de tous les États légitimes du monde.

Nous déclarons en terminant que jamais nous ne renoncerons aux droits de souveraineté sur notre pays et que nous considérons toujours comme illégaux, nuls et non avenus, tous les actes que le gouvernement prussien ou ses agents y ont ou auront accompli en vertu de l'usurpation, dont nous rejetons la responsabilité sur celui qui en est l'auteur.

Que tous ceux qui peuvent y avoir intérêt s'en tiennent pour avertis.

Nous attendons les evénements futurs avec une pleine confiance en la justice de notre cause, et sommes animé du ferme espoir que la Providence divine ne tardera pas à mettre un terme aux trames perfides, aux injustices et aux actes de violence dont tant d'États et tant de peuples sont devenus victimes avec nous et nos braves Hanovriens.

Georges, Roi. Comte *Platen-Hallermund.*

Königliches Patent
bezüglich der Besitznahme des vormaligen Königreichs Hannover.
(3. October 1866.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preussen u. s. w., thun gegen Jedermann hiermit kund:

Nachdem in Folge eines von Hannover im Bunde mit Oesterreich, und in Verletzung des damals geltenden Bundesrechtes begonnenen, von Uns in gerechter Abwehr siegreich geführten Krieges, die zum Königreich Hannover früher vereinigten Lande von Uns eingenommen sind, so haben Wir beschlossen, dieselben mit Unserer Monarchie zu vereinigen, und zu diesem Behufe mit Zustimmung beider Häuser des Landtages das Gesetz vom 20. September d. J. erlassen und verkündigt.

Demzufolge nehmen Wir durch gegenwärtiges Patent mit allen Rechten der Landeshoheit und Oberherrlichkeit in Besitz und einverleiben Unserer Monarchie mit sämmtlichen Zubehörden und Ansprüchen die Länder, welche

das vormalige Königreich Hannover gebildet haben, namentlich: die Fürstenthümer Calenberg, Göttingen, Grubenhagen, Lüneburg, Osnabrück, Hildesheim mit der Stadt Goslar, und Ostfriesland mit dem Harlinger Lande; die Herzogthümer Bremen, Verden und Arenberg-Meppen und den Hannoverschen Antheil am Herzogthum Lauenburg; die Niedergrafschaft Lingen; die Grafschaften Hoya, Diepholz, Hohnstein und Bentheim, und das Land Hadeln.

Wir werden Unserem Königlichen Titel die entsprechenden Titel hinzufügen.

Wir befehlen, die preussischen Adler an den Grenzen zur Bezeichnung Unserer Landesherrlichkeit aufzurichten, statt der bisher angehefteten Wappen Unser Königliches Wappen anzuschlagen und die öffentlichen Siegel mit dem preussischen Adler zu versehen.

Wir gebieten allen Einwohnern des nunmehr mit Unserer Monarchie vereinigten ehemaligen Königreichs Hannover, fortan Uns als ihren rechtmässigen König und Landesherrn zu erkennen und Unseren Gesetzen, Verordnungen und Befehlen mit pflichtmässigem Gehorsam nachzuleben.

Wir werden Jedermann im Besitze und Genusse seiner wohlerworbenen Privatrechte schützen und die Beamten, welche für Uns in Eid und Pflicht zu nehmen sind, bei vorausgesetzter treuer Verwaltung im Genusse ihrer Dienst-Einkünfte belassen. Die gesetzgebende Gewalt werden Wir bis zur Einführung der preussischen Verfassung allein ausüben.

Wir wollen die Gesetze und Einrichtungen der bisherigen Hannoverschen Lande erhalten, soweit sie der Ausdruck berechtigter Eigenthümlichkeiten sind und in Kraft bleiben können, ohne den durch die Einheit des Staats und seiner Interessen bedingten Anforderungen Eintrag zu thun.

Unser bisheriger General-Gouverneur ist von Uns angewiesen, hiernach die Besitznahme auszuführen.

Hiernach geschieht Unser Wille.

Gegeben Schloss Babelsberg, den 3. October 1866.

Wilhelm.

Graf *v. Bismarck-Schönhausen.* Frhr. *v. d. Heydt. v. Roon.* Graf *v. Itzenplitz. v. Mühler.* Graf *zur Lippe. v. Selchow.* Graf *zu Eulenburg.*

Königliche Proclamation

an die Einwohner des vormaligen Königreichs Hannover, bei der Besitznahme dieses Reiches.

(3. October 1866.)

Durch das Patent, welches ich heute vollzogen habe, vereinige Ich Euch, Einwohner der Hannoverschen Lande, mit Meinen Unterthanen, Euren Nachbaren und deutschen Brüdern.

Durch die Entscheidung des Krieges und durch die Neugestaltung des gemeinsamen deutschen Vaterlandes nunmehr von einem Fürstenhause getrennt, dem Ihr mit treuer Ergebenheit angehangen, tretet Ihr jetzt in den Verband des Nachbarlandes, dessen Bevölkerung Euch durch Stammesgemeinschaft, durch Sprache und Sitte verwandt und durch Gemeinsamkeit der Interessen befreundet ist.

Wenn Ihr Euch nicht ohne Schmerz von früheren, Euch lieb gewordenen Verhältnissen lossagt, so ehre Ich diesen Schmerz und würdige denselben als eine Bürgschaft, dass Ihr und Eure Kinder auch Mir und Meinem Hause mit Treue angehören werdet. Ihr werdet die Nothwendigkeit des Geschehenen erkennen. Denn sollen die Früchte des schweren Kampfes und der blutigen Siege für Deutschland nicht verloren sein, so gebietet es ebenso die Pflicht der Selbsterhaltung, als die Sorge für die Förderung der nationalen Interessen, Hannover mit Preussen fest und dauernd zu vereinigen. Und — wie schon Mein in Gott ruhender Herr Vater es ausgesprochen — nur Deutschland hat gewonnen, was Preussen erworben.

Dieses werdet Ihr mit Ernst erwägen, und so vertraue Ich Eurem deutschen und redlichen Sinn, dass Ihr Mir Eure Treue ebenso aufrichtig geloben werdet, wie Ich zu Meinem Volke Euch aufnehme. Euren Gewerben, Eurem Handel und Eurer Schifffahrt eröffnen sich durch die Vereinigung mit Meinen Staaten reichere Quellen. Meine Vorsorge wird Eurem Fleisse wirksam entgegen kommen.

Eine gleiche Vertheilung der Staatslasten, eine zweckmässige energische Verwaltung, sorgsam erwogene Gesetze, eine gerechte und pünktliche Justizpflege, kurz alle Garantieen, welche Preussen zu Dem gemacht, als was es sich jetzt in harter Probe bewährt hat, werden Euch fortan gemeinsame Güter sein.

Eure kriegstüchtige Jugend wird sich ihren Brüdern in Meinen andern Staaten zum Schutze des Vaterlandes treu anschliessen, und mit Freude wird die preussische Armee die tapfern Hannoveraner empfangen, denen in den Jahrbüchern deutschen Ruhmes nunmehr ein neues grösseres Blatt eröffnet ist.

Die Diener der Kirchen werden auch fernerhin die Bewahrer des väterlichen Glaubens sein.

Euren Lehr-Anstalten, den vieljährigen Pflegerinnen deutscher Kunst und Wissenschaft, werde Ich Meine besondere Aufmerksamkeit widmen, und wenn der preussische Thron, je länger, desto mehr, als der Hort der Freiheit und Selbständigkeit des deutschen Vaterlandes erkannt und gewürdigt wird, dann wird auch Euer Name unter denen seiner besten Söhne verzeichnet werden, dann werdet auch Ihr den Augenblick segnen, der Euch mit einem grösseren Vaterlande vereinigt hat.

Das walte Gott!

Schloss Babelsberg, den 3. October 1866.

Wilhelm.